

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Nr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das **werktätige Volk**

Verlagsamt: Sächsische Staatsbank,
Dresden, Bank d. Arbeiter, Kgl.
Hellen u. Kramen, 20. Dresden,
Gebäude Krumbold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Einnahmen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß dieser Gewinne, bei der Beibehaltung der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Vorkauf des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung

Preisverzeichn. mit der üblichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Glauben, Kunst“ sowie der illustrierten Wochenbeilage „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M., einzeln 45 Pf. (Dringenslohn: 1,20 M.) „Sonntag“ 2 M., einzeln 35 Pf. (Dringenslohn: 1,20 M.) Werbung nur mit „Sonntag“ 1,05 M. zusätzlich Ver- und Anzeigengebühren.

Schreibweise: Westerntorplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 221. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Verlagsstempel: Westerntorplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 201 u. 12 707.
Wochenscheit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 80 mm breite Monatszeitschrift 85 Pf., die 90 mm breite Wochenzeitschrift 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2,50 M., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienangelegenheiten, Stellen- u. Mietangebote 20 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 143

Dresden, Dienstag, den 21. Juni 1932

43. Jahrgang

Warum Goebbels die Kritik an Papen verbietet!

Hitlers Notverordnung

Ein Deutschnationaler enthüllt den Schacher zwischen Hitler und Papen

Der deutschnationale Abgeordnete des Preussischen Landtags Dr. Eduard Stadler, der zu den Nazis gute Beziehungen unterhält, sagt diesen Kurieren in seiner Zeitschrift „Das Großdeutsche Reich“ offen ins Gesicht, daß die Regierung Schleicher-Papen im Einvernehmen zwischen Herrn von Schleicher und Hitler zustande gekommen ist. Stadler schreibt:

„Dem Reich gegenüber ist das Verhalten der nationalsozialistischen Führung kompliziert und seltsam. Es ist eine unüberlegliche Tatsache, daß die Kabinetsbildung dort auf einem „Einvernehmen“ zwischen Herrn von Schleicher und Herrn Adolf Hitler beruht. Herr Hitler „toleriert“ das Kabinett und erhält dafür als Gegenleistung die Auflösung des Reichstags und die Aufhebung des 21. Verbot. Gleichzeitig aber kämpft der Nationalsozialismus mit allen agitatorischen Mitteln gegen das „kapitalistisch-reaktionäre Kabinett“ und beschimpft dabei im Lande eine Regierung, die im Grunde genommen eine von Hitler tolerierte Staatsgewalt darstellt. Das ist, als ob die nationalsozialistische Führung sowohl in Preußen wie im Reich den neuen Zustand im Innersten begrüßt, weil er neue Agitationsmöglichkeiten bietet! Und schon jetzt spielt man mit dem Gedanken einer neuen Auflösung des Preussischen Landtags! Da kann man sich nicht wundern, daß allmählich der Gedanke aufkommt, Hitlers politische Kunst erschöpfe sich ausschließlich im agitatorischen Element. Die Gegner Hitlers vertreten sogar die These, es läme ihn nur auf das „Trommeln“ an, und die überaus proklamatorische Bereitschaft, die Alleinverantwortung zu übernehmen, sei nichts als verdrängte Verantwortung.“

ausintast sind. Die Sozialdemokratie wird auch ohne Zweifel bis zur Reichstagswahl ihre Agitation verstärken und einen Teil des linken Würgerturns für sich gewinnen.

Die Weisung, des nationalsozialistischen Propagandaleiters Dr. Goebbels, nicht über die Taten der Regierung von Papen zu diskutieren, wird die sozialdemokratischen Angriffe gegen die äußerste Rechte noch verschärfen. Der Reichstagswahlkampf kann unferres Erachtens durchaus mit einem überraschenden Erfolg der Sozialdemokraten enden, da sich die Regierungspolitik in den nächsten Wochen kaum vorteilhafter für die der Regierung nahestehenden Gruppen auswirken wird. Achtung, Linksturve!

Namohl, der Wahlkampf kann allerdings mit einem überraschenden Erfolg der SPD. enden, und die sozialdemokratischen Kräfte werden alle Kräfte zusammenkräften müssen, um diesen Erfolg zu sichern. Denn dem Ausgang der Wahl hängt es ab, ob die Arbeiterkraft in Anknüpfung geführt werden soll oder über die Staatsgestaltung mit zu entscheiden hat. Vor allem werden wir das verärgerteste Spiel der Nationalsozialisten in den Vordergrund der Betrachtungen rücken. Draußen schimpfen sie gegen Notverordnungen — und hinter den Kulissen haben sie Papens Hungerverordnungsplan von vornherein toleriert. Jidior Goebbels verbietet seinen Pgs die Kritik am Papen-Kabinett. Diesen Lügen pad muß die Masse vom Gesicht gerissen werden.

Straßer scheut Ueberwachungsausschuß

S. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstags, dessen Vorsitzender der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Straßer ist, ist bisher noch nicht einberufen worden, obwohl eine entsprechende Forderung bereits von verschiedenen Parteien erhoben wurde. Außer mit der unsozialen Notverordnung soll sich der Ausschuß auch mit der Frage der Rechtsgültigkeit der Notverordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags beschäftigen. Dem Reichstag liegen ferner zahlreiche Anträge auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten vor, deren Erhebung ebenfalls den baldigen Zusammenritt des Ueberwachungsausschusses erforderlich macht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion will die Reichsregierung vor dem Ueberwachungsausschuß schließlich zwingen, ihre Absichten auf Subvention der hochkapitalistischen Vereinigten Stahlwerke mit Reichsmitteln darzulegen.

Sollte der Abgeordnete Straßer die Einberufung des Ausschusses noch weiter verschleppen, so dürfte die Einberufung durch den dafür zuständigen Präsidenten des Reichstages unmittelbar veranlaßt werden.

Achtung, Linksturve!

Berlin, 21. Juni. (Fig. Funk.) Die rechtsstehende Berliner Tägliche Rundschau schreibt über die Wahl in Hessen:

„Eine Beurteilung des Wahlergebnisses muß von der überraschenden Tatsache ausgehen, daß die Sozialdemokratie zwei Mandate gewonnen hat. Dieser Gewinn erfolgte zwar aus dem marxistischen Lager, trotzdem ist er beachtlich. Es zeigt sich bei den Hessenwahlen, daß die beiden großen Parteien (SPD. und Zentrum), die der NSDAP. gegenüberstehen, durch-

Wir wollen nicht Armenpflege!

Protest der Gewerkschaften

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen veröffentlichen zur neuen Notverordnung folgende Erklärung:

„Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellen einmütig fest, daß die in der Notverordnung enthaltenen Abbaumaßnahmen und Neubelastungen die schlimmsten Befürchtungen, die die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft auf Grund der programmatischen Erklärung der Reichsregierung hegen mußte, weit übertreffen. Damit hat sie den Kampf aufgenommen gegen die sozialen Einrichtungen des Staates, den sie als „soziale Wohlfahrtskassakasse“ bezeichnet hat. Dieser Angriff muß von den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten als eine Herausforderung empfunden und mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.“

Die unter größten Opfern von den Arbeitnehmern aufgebauten sozialen Versicherungsanstalten sind in ihren Grundlagen bedroht. Die Arbeitslosenversicherung ist praktisch beseitigt. Die Arbeitslosen werden rückwärts zum „Armenpflege“ überlassen. Die gewerkschaftlichen

Neubelastungen sind vornehmlich den Leistungsschwachen Schichten auferlegt.

Kein Arbeitsbeschaffungsplan, auch sonst kein aufbauender, in die Zukunft weisender Gedanke, der eine Besserung der furchtbaren Wirtschaftslage und ein Ende der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes erhoffen läßt, ist zu erkennen.

Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geist wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unermesslicher Lasten. Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutz des Besitzes bereit findet, verkennt seine vornehmlich nationale Aufgabe.

Die Gewerkschaften appellieren an alle Kräfte in Staat und Volk, denen die Einheit des Volkes und das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, sich mit ihnen in der Befähigung dieses sozialen Kampfes zu vereinen. Sie sind entschlossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den breiten Massen des Volkes wieder den Lebensraum zu verschaffen, der die unerlässliche Voraussetzung für die Gesundung von Wirtschaft und Staat ist.“

Wo bleibt Arbeitsbeschaffung?

Die Nazis versprochen alles - Papen hält nichts!

S. Auch den Gedanken der Arbeitsbeschaffung haben die Nazis mißbraucht, um agitatorische Erfolge zu erzielen. Was haben die Hakenkreuzer nicht alles den Arbeitslosen in Stadt und Land versprochen? Nun haben wir eine Regierung, die von den Nazis gestützt wird. Jetzt hätten die Hitler-Leute Gelegenheit, zu zeigen, daß sie Versprechungen erfüllen können und wollen. Aber an diesen Willen und an dieses Können der Nazis bisher glaubte, erlebt eine bittere Enttäuschung. In ihrer Notverordnung sagt die von den Nazis tolerierte Adelsregierung, daß sie den dringenden Wunsch der Arbeitslosen, anstatt Unterstützung Arbeit zu erhalten, verstehe. Dem fügt sie wörtlich zu: „Ihr (der Regierung) ist die Lösung dieses Problems eine der vordringlichsten des ganzen öffentlichen und privaten Lebens.“ Dieser Satz stellt nicht nur eine gräßliche Vergewaltigung der deutschen Sprache dar, sondern auch eine gräßliche Vergewaltigung der Tatsachen. Denn die ganze Notverordnung bringt auch nicht einen einzigen greifbaren Anhaltspunkt dafür, wie sich die Regierung von Papen die Lösung dieses „vordringlichen Problems“ vorstellt.

Man vergegenwärtige sich die Situation, wie sie knapp vor der Einsetzung der Adelsregierung von Hitlers Gnaden bestand. Der energische

Vorstoß der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie für ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm

hatte nicht nur starken Widerhall bei den Massen gefunden, sondern auch seinen Eindruck auf die Regierungskreise nicht verfehlt. Reichsarbeitsministerium und Reichswirtschaftsrat arbeiteten daraufhin Arbeitsbeschaffungsprogramme aus. Die Regierung Brüning entschloß sich endlich, der sozialdemokratischen Forderung nach Auflegung einer Prämienanleihe für die Arbeitsbeschaffung nachzukommen. Der Gesetzentwurf darüber war der letzte, den der Reichstag vor seiner Auflösung verabschiedete. Nun war der Weg für die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms frei. Er sollte tatsächlich in der von der Regierung Brüning vorbereiteten Notverordnung beschriftet werden.

So lagen die Dinge, als die Regierung Papen die Macht übernahm.

Und was hat sie an die Stelle der von der arbeitenden Bevölkerung stürmisch geforderten, vom Reichstag bereits genehmigten und von der Regierung Brüning unmittelbar vorbereiteten Arbeitsbeschaffungsbaktion gesetzt? Einen grammatikalisch unrichtigen Satz, in dem sie ihrer platonischen Sympathie für die Arbeitsbeschaffung Ausdruck gibt. Das ist ihre ganze Aktion. Denn irgend etwas Konkretes kann man in der ganzen Notverordnung nicht finden.

Bei eifrigem Suchen entdeckt man zwar in der Notverordnung einen Betrag von 20 Millionen Mark für die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Aber auch diesen unendlich kümmerlichen Betrag — wenn man ihn an dem Maßstab mißt, der für die Arbeitsbeschaffung erforderlich wäre — gewinnt die Regierung nur dadurch, daß sie ihn den Gemeinden von dem ihnen zustehenden Zuschuß abzwackt. Dabei ist noch fraglich, ob das, was die Regierung für den freiwilligen Arbeitsdienst aufwenden will, etwas anderes darstellt als einen verschleierten Tribut an die verbündete Macht, die Nazis, zur Finanzierung und Einkleidung ihrer SA.

Die Notverordnungsjachen der SA. kosten nämlich rund 15 Millionen Mark.

Wenn man aber in diesem furchtbaren Dokument, das sich wie zum Spott als eine Verordnung über Maßnahmen zur „Erhaltung“ der Arbeitslosenhilfe betitelt, weiterblättert, so stößt man auf einen Abschnitt „Sonstiges“, dessen erstes Kapitel die Ueberschrift „Ermächtigung“ trägt. Unter diesen schändlichen nichtslagenden Ueberschriften, die für das schlechte Gewissen der Verfasser der Notverordnung zeugen, findet man den ebenso nichtsagenden Satz: „Zur Behebung der Arbeitslosigkeit sind im Rechnungsjahr 1932 öffentliche Arbeiten, insbesondere auf dem Gebiet des Verkehrswesens, der Wasserwirtschaft und der landwirtschaftlichen Bodenverbesserung, als Notstandsmassnahmen auszuführen.“

Grausamer hätten die Arbeitslosen nicht verböhnt werden können als durch diesen Satz. Nahezu 6 Millionen Arbeitslose zählen wir in Deutschland. Sie wissen nicht aus und ein. Die Regierung kündigt ihnen erbarmungslos die schon auf ein Minimum runtergedrückte Unterstützung, und dann erklärt dieselbe Regierung, sie wolle zur „Behebung“ der Arbeitslosigkeit Notstandsmassnahmen durchführen.

ohne auch nur eine einzige Mark dafür bereitzustellen.

Wandt diese Regierung wirklich, man könne 6 Millionen Menschen dadurch Arbeit verschaffen, daß man das — allerdings sehr geduldige — Papier des Reichsgesetzblattes mit